

Der gute Ruf macht noch keine neue UBS

BANKEN Die UBS hat ein neues Führungs-Duo, das über einen ausgezeichneten Ruf verfügt. Um die Reputation der Bank wiederherzustellen, braucht's viel mehr.

Er verkörpert Kompetenz, ist charakterstark, hat hohe moralische Werte und deshalb eine grosse Glaubwürdigkeit, sagt Robert Waldburger, Professor für Steuerrecht, über den designierten UBS-Präsidenten Kaspar Villiger. Unter ihm hat Waldburger das Zinsbesteuerungsabkommen mit der EU ausgearbeitet. Villigers Qualitäten als neuer Frontmann der UBS ergänzen jene des CEO Oswald Grübel als Banker: Know-how, Härte, Geradlinigkeit.

Beide sind aufs Äusserste gefordert. Die Vergangenheit hat in der UBS enorm viel Substanz und Reputation zerstört. Die Zukunft bringt riesige Herausforderungen. Die Lage an den Finanzmärkten verhindert rasche operative Fortschritte. Der Druck der USA bleibt hoch. Die UBS muss sich wie alle Schweizer Banken auf Veränderungen bezüglich des Bankgeheimnis-



Ein Duo räumt auf: CEO Oswald Grübel (links), Präsident Kaspar Villiger.

Keystone



Kaspar Villiger und Peter Kurer auf www.cash.ch



ses einstellen. In diesem Umfeld Vertrauen aufzubauen, ist eine Herkules-Aufgabe.

Villigers Ziel: Kultur des Masses und der Bescheidenheit «Schweizer UBS-Kunden dürften die Wahl Villigers als weitere Entamerikanisierung der Bank wahrnehmen. Das ist positiv,» sagt Re-

putations-Manager Bernhard Bauhofer von Sparringpartners. Er zweifelt aber, ob dies auf ausländische Kunden nach der Datenübergabe an die USA auch so wirkt.

Grübel ist ein CEO mit Durchsetzungsvermögen. Villiger als Präsident ist ein Signal, dass die Bank einen weitgehend unbelasteten Leader haben soll. Villiger sagte zu seinen Zielen vorerst nur, dass er in der UBS «eine Kultur des Masses und der Bescheidenheit» schaffen wolle.

Im Markt wird dies als Auftakt zur Wiederherstellung des Rufes gewertet. Das genügt aber nicht. «Die UBS sollte eine konzertierte Aktion starten: zur Verbesserung der Qualität der Kundenberatung, der Kommunikation und der öffentlichen Wahrnehmung,» sagt Bauhofer. Villiger weiss, was er riskiert, wenn er scheitert: «Das Wertvollste, das ich habe: meine Reputation.»

Peter Hody

Bundesrat Merz sucht Verbündete

Finanzminister Hans-Rudolf Merz rüstet sich gegen die Bankgeheimnisgegner in der EU. Er holt sich **Schützenhilfe in Österreich und Luxemburg** und trifft am Sonntag in Luxemburg die Finanzminister der beiden Länder. Die sind neben Belgien die einzigen EU-Mitglieder, die ebenfalls ein Bankgeheimnis kennen. Laut Merz-Sprecherin Tanja Kocher dient das Gespräch dem **Abstimmen von gemeinsamen Interessen** der Finanzplätze im internationalen Umfeld. Auch die Debatte um die **schwarze Liste** von Steueroasen

werde thematisiert. Die G-20, die sich Anfang April in London treffen, drohen, **Steueroasen auf eine Liste zu setzen**. Darauf kommen soll auch die Schweiz. Um das zu verhindern, wird Bundesrat Merz jetzt auch in den **USA** aktiv. Er will mit dem **US-Finanzminister Timothy Geithner** sprechen. Der nimmt wie Merz am 14. März an einer Tagung des Internationalen Währungsfonds (IWF) teil. Die Aussichten auf Erfolg sind jedoch nicht gut. Denn noch ist nicht klar, ob es zu einem längeren Gespräch unter vier Augen kommt.

Kämpfer für das Bankgeheimnis

UBS Als Bundesrat war für Kaspar Villiger das Bankgeheimnis «nicht verhandelbar». Als VR-Präsident der UBS sieht er Anpassungsbedarf.

Das Bankgeheimnis hat sich immer entwickelt, sagte gestern der frisch gekürte UBS-Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger. In seiner Amtszeit als Finanzminister von 1996 bis 2003 wollte Villiger aber immer am Status quo festhalten: «Das Bankgeheimnis wird nicht angetastet» und «das Bankgeheimnis ist nicht verhandelbar», wie sich Villiger 1999 zitieren liess. Danach kam der grosse Paukenschlag aus der EU: Die Union wollte einen grenzüberschreitenden Informationsaustausch auch

von Drittstaaten wie der Schweiz. Das hätte das Aus für das Modell Schweiz bedeutet. Villiger reagierte, schaffte eine Strategieguppe und brachte das Bankgeheimnis schliesslich dank kluger Taktik aus der Kritik. Die Lösung: Anstelle von Bankdaten schickt die Schweiz eine Quellensteuer auf den Bankguthaben von EU-Bürgern in die jeweiligen EU-Staaten. Dieses Zinsbesteuerungsabkommen ist seit 2005 in Kraft.

Gleichzeitig wie die EU machte auch die Organisation für wirtschaft-

liche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) Druck auf die Schweiz. Sie wollte wie heute schon damals Steueroasen trockenlegen.

2001 kam Villiger der neue US-Präsident George W. Bush zu Hilfe. Frisch gewählt, wollte dieser selbst in den USA Steuersenkungen durchführen und widersetzte sich der OECD-Initiative. Diesen Verbündeten hat die Schweiz heute nicht mehr. Villiger bekommt deshalb wohl bald recht, wenn er sagt: «Das Bankgeheimnis wird sich ändern.» **BV/HY**

Schweiz an der Spitze

ZÜRICH Die Schweiz hat in einer Tourismusstudie des Weltwirtschaftsforums ihre Spitzenposition verteidigt, sie verweist Österreich und Deutschland auf die Plätze. Die Studie bewertete über 130 Staaten in mehr als 60 Bereichen, darunter gesetzliche Regulierungen, Sicherheit und Gesundheit sowie den Preis. Laut Studie wird der Wettbewerb zwischen den Tourismus-Destinationen durch die Rezession härter, der Preisdruck nimmt zu.

Neugeld für Valiant

ZÜRICH Die Bankgruppe Valiant hat 2008 148,6 Millionen Franken Gewinn erzielt, 2,6 Prozent weniger als im Rekordjahr 2007. Der Neugeldzufluss von 1,4 Milliarden Franken ist deutlich höher als in den Vorjahren.

Oerlikon mit Verlust

PFÄFFIKON Schlechte Nachrichten von OC-Oerlikon-CEO Uwe Krüger: Sein Konzern hat 2008 einen Nettoverlust von 422 Millionen Franken eingefahren, vor allem wegen Wertberichtigungen, Restrukturierungskosten und Einmaleffekten. Der Umsatz sank 12 Prozent. Dafür erfüllt OC Oerlikon die Bedingungen für Kredite über 2,5 Milliarden Franken. Die Aktie stieg gestern um über 9 Prozent auf 25.50 Franken.



Uwe Krüger: Sein Konzern hat 2008 einen Nettoverlust von 422 Millionen Franken eingefahren, vor allem wegen

Tessin gegen Krise

BELLINZONA Die Tessiner Regierung will die Rezession mit 158 Millionen Franken bekämpfen. Es handelt sich um das bislang grösste Krisenbekämpfungs-Programm auf kantonaler Ebene. Vorgesehen sind Steuergeschenke für Firmen, Investitionen in Infrastrukturprojekte, Unterstützung für alleinerziehende Eltern, Förderung von erneuerbaren Energien und ein erleichterter Zugang zu Darlehen.

Kuwaitis investieren

ADELBODEN Im Berner Oberländer Ferienort Adelboden ist am Dienstag das Baugesuch für das 116 Millionen Franken teure Alpenbad eingereicht worden. Damit halten die kuwaitischen Investoren trotz Finanzkrise am geplanten Bad- und Wellness-Komplex fest.